

So unüberwindlich war die Gewalt des ihn vorwärts tragenden Ozeans, daß er ebenso wenig Atem schöpfen oder den Kopf umdrehen konnte, als ob er in der Brandung des Südmeeres gekämpft hätte, bis er in dem vorderen Hofe der Bastille wieder festen Fuß faßt. Hier erkämpfte er seinen Platz an einer Mauerecke und schaut um sich. Jacques drei stand fast unmittelbar neben ihm; Madame Defarge, immer noch an der Spitze einiger ihrer Frauen, war weiter voraus sichtbar, das Messer in der Hand. Ueberall Tumult, Sauchzen, betäubende und wahnwitzige Verwirrung, rasendes Toben und doch eine wütende stumme Pantomime.

„Die Gefangenen!“

„Die Alten!“

„Die geheimen Kerker!“

„Die Marterwerkzeuge!“

„Die Gefangenen!“

Von allen diesen Rufen und tausend unzusammenhängenden anderen hörte man: „Die Gefangenen!“ — am östesten und deutlichsten heraus aus dem Meere, das hereinstoßte, als gäbe es eine Ewigkeit von Menschen ebenso gut wie von Zeit und Raum. Als die vordersten Wogen vorübergeschossen und die Gefangenwärter mit forttriffen und sie alle mit dem augenblicklichen Tode bedrohten, wenn nur ein einziger geheimster Winkel unaufgeschlossen bliebe, legte Defarge seine starke Hand auf die Brust einer dieser Männer, eines Mannes mit einem grauen Kopf, der eine brennende Fackel in der Hand hatte — forderte ihn von den übrigen und brachte ihn zwischen sich und die Mauer.

Das Meer brandete und wogte hoch auf und wollte Defarge wieder haben. St. Antoine rief laut nach seinem Weinschenken, damit er der Hauptmann der Wache über den Kommandanten sei, der die Bastille verteidigt und das Volk totgeschossen hatte. Anders konnte der Kommandant nicht nach dem Stadthaus vor Gericht gebracht werden. Anders würde der Kommandant entweichen und das Blut des Volkes (das nach vielsähriger Wertlosigkeit plötzlich einigen Wert bekommen hatte) ungerächt bleiben.

In dem heulenden Meer von Leidenschaft und Wut, das den finstern alten Offizier in seinem grauen Rock mit roten Aufschlägen ganz einzuschließen schien, gab es bloß eine ganz ruhige Gestalt und dies war die Gestalt eines Weibes. „Seht dort ist mein Mann!“ rief die Frau aus und wies auf ihn mit der Hand. „Seht Defarge!“ Sie stand unbeweglich dicht neben dem alten finstern Offizier und blieb unbeweglich neben ihm stehen; blieb unbeweglich dicht neben ihm durch die Straßen, wie Defarge und die übrigen ihn fort-schleppten; blieb unbeweglich dicht neben ihm, wie er seinem Ziele nahe war und einer ihm von hinten einen Schlag versetzte; blieb unbeweglich dicht neben ihm, als der seit langem gesammelte Regen von Stößen und Schlägen schwer niederfiel; war so dicht neben ihm, als er tot zusammensank, daß sie plötzlich lebendig geworden ihren Fuß auf sein Genick setzte und ihm mit dem scharfen, lange bereit gehaltenen Messer den Kopf abschchnitt.

Die Stunde war gekommen, wo St. Antoine seine schreckliche Idee zur Ausführung brachte, Menschen als Laternen in die Höhe zu ziehen, um zu zeigen, was er sein und tun konnte. St. Antoinets Blut war in Wallung gekommen und das Blut der Tyrannei und der Herrschaft mit eiserner Hand war geflossen — geflossen die Stufen des Stadthauses hinab, wo der Leichnam des Kommandanten lag — geflossen unter dem Schuh der Madame Defarge, wo sie ihn auf die Leiche gesetzt hatte, um diese besser köpfen zu können. „Laßt die Laterne herunter“ rief St. Antoine, nachdem er sich mit wildem Blick nach der neuen Todesart umgesehen; „hier müssen wir einen seiner Soldaten als Wache zurücklassen!“ Die hängende Schildwache war an ihrem Posten und das wütende Meer wogte weiter . . .

Das Meer von schwarzen drohenden Wasser und zerstörenden Gegeneinanderwogen, dessen Tiefe noch unergründet und dessen Kräfte noch unbekannt sind. Das erbarmungslose Meer von leidenschaftlich bewegten Gestalten, Stimmen der Rache und Gesichtern, die in Leiden so hart geworden sind, daß der Finger des Mitleids keinen Eindruck mehr auf sie machen kann.

Aber in dem Ozean von Gesichtern, auf welchen sich jede wilde und grimmige Leidenschaft im lebendigsten Ausdruck zeigte, befanden sich zwei Gruppen von Gesichtern — von sieben Gesichtern jede — die so grell von den übrigen abstachen, daß noch kein Meer merkwürdigere Bracks auf seinen Wogen getragen hat. Sieben Gesichter von Gefangenen plötzlich befreit von dem Sturme, der ihre Gruft gesprengt, wurden hoch über den übrigen getragen; alle erschrocken, verwirrt und erstaunt, als ob der jüngste Tag gekommen wäre und die rings um sie Sauchzenden verlorne Seelen wären. Andere sieben Gesichter wurden noch höher getragen — sieben Leichengesichter, deren niedergesunkene Augenlider und halb sichtbare Augen den jüngsten Tag erwarteten. Gefühl- und regungslose Gesichter, aber mit einem etwas vertrockneten Ausdruck — nicht ganz ohne Ausdruck, Gesichter, die ausahen, als ob sie jetzt nur in grauenhaftem Schweigen verharren, um seiner Zeit wie die heruntersinkenden Augenlider aufzuschlagen und mit blutlosen Lippen Zeugnis abzulegen: Du hast es getan!

Sieben befreite Gefangene, sieben blutige Köpfe auf Piken, die Schlüssel der von einem ganzen Volke verfluchten Festung mit den acht starken Türmen, einige entdeckte Briefe und andere Andenken an Gefangene aus alter Zeit, die längst an gebrochenem Herz gestorben sind. — Solches und Ähnliches tragen die laut-hallenden Schritte St. Antoinets durch die Straßen von Paris Mitte Juli Einsaufendsiebenhundert und neunundachtzig.

## Der Riese.

Aus dunklen Tiefen  
tagesempor,  
sonnenhungrig  
ringt der Riese.  
Seine Schläfen triefen  
von Schweiß.  
Mühsalheiß  
durchs Trümmertor,  
quaderwälzend,  
schicksalstrozig bricht er sich Bahn.  
Ehern die Stirn,  
Muskeln von Stahl,  
in seinen Adern kreisen  
der Menschheit Sehnsucht und Qual.

Aus seinen Augen zucken  
unlöschliche Strahlen des Lichts,  
und ob sie mit goldenen Händen  
ihn niederdrücken und schänden,  
der Riese läßt sich nicht ducken  
und wächst mit gewaltigen Rücken  
aus dem verachteten Nichts.

Henckel.

## Werbt Abonnenten für die „Arbeiterpolitik“!

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen

# Arbeiterpolitik

3. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 6

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
: Nummunderstraße Nr. 23. :

Bremen, den 9. Februar 1918

Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,  
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

## Inhalt:

Vorgänge in Oesterreich-Ungarn	Seite 35
Gegenfähe. Von St. Worek (Fortsetzung folgt)	„ 36
Klarheit und Konsequenz	„ 37
Wilson's Bedingungen	„ 38
Aus unferm politischen Tagebuch	„ 40
Feuilleton:	
Par. Von Uda Negri	„ 40

## Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

Das innerpolitische Dasein Oesterreich-Ungarns während des Weltkrieges lag lange Zeit in tiefer Finsternis. Das Parlament existierte nur dem Namen nach und war in den wohlverdienten Ruhestand versetzt worden. Die Krone, der alte Franz Josef, regierte aus eigener Machtvollkommenheit.

Inzwischen sind aus dem Dunkel der Donaumonarchie trotz aller Erstickungsversuche andere Stimmen zu den Ohren der Welt gedrungen. Sie kamen nicht aus der Brust einer revolutionären Arbeiterschaft. Sie kamen aus den Wirrnissen der Regierung selbst. Mit Franz Josef war eine alte Tradition ins Grab gesunken. Der junge Kaiser konnte nicht von der Pietät zehren, die sein Vorfahr bei denen genoß, die ihr Werk durch ihn am vor-teilhaftesten verrichtet sahen, und die ihm selbst diejenigen nicht versagen mochten, die sein Scheiden noch lieber heute als morgen gesehen hätten. Die Pietät war mit dem Alten ins Grab gesunken, und die Interessen hatten freie Bahn. Es folgten Ministerkrisen und Verwaltungsschwierigkeiten. Und schließlich brach die alte Wunde des Donaureichs auf: die Nationalitätenkalamität. Spät, sehr spät, im vierten Kriegsjahre erst, erfuhr man öffentlich durch die Presse, daß die Tschechen an Unzuverlässigkeit das Menschenmögliche geleistet haben und daß sie regimentenweise zu den Russen übergegangen seien; ja, es sollen sich in der russischen Armee tschechische Korps gebildet haben, die gegen Oesterreich-Ungarn kämpften. Damit ist das tschechische Problem brennend geworden.

Aber es wetterleuchtet bereits am ganzen gewitter-trüben Himmel des Nationalitätenstreites. Keine politische Frage wurde während des Weltkrieges mit so übergroßer Vorsicht behandelt wie die polnische. Man hatte gewiß seine guten Gründe dafür. Man war genötigt das eroberte Russisch-Polen vom Zarenreich zu trennen, aber man wußte auch, daß eine zahlreiche polnische Bevölkerung Preußen sowohl als auch Oesterreich-Ungarn einverleibt ist, ein selbständiges Polen unter

Ausschluß der Polen Oesterreichs und Preußens aber ein Herd fortwährender Unruhen ist. Man hatte zwei Wege der Lösung: die austro-polnische und die borusso-polnische. Es ist kein Zweifel, daß in einem gewissen Stadium der polnischen Frage die austro-polnische Lösung die Oberhand gewonnen hat. Ja, es wurde sogar laut, daß Kaiser Karl die polnische Krone angeboten werden sollte. Die russische Revolution vernichtete dieses Projekt entgeltig und seitdem sind die Schwierigkeiten der polnischen Frage ständig im Wachstum begriffen.

Zum polnischen Probleme gesellte sich das magyarisches. Es erreichte seinen bisherigen Höhepunkt in der Forderung einer selbständigen ungarischen Armee, und in einem wüsten Angriff des großen Budapest Blattes „As-Est“ gegen den „Erbfeind“, und hiermit war niemand anders als Oesterreich gemeint. Unter solchen Verhältnissen, die gewiß nicht erst seit gestern bestehen, ist es leicht erklärlich, weshalb die österreichisch-ungarischen Armeen von Anfang an der deutschen Hilfe dringend bedurften. Aber waren es etwa die Oesterreicher allein, die Lemberg und Przemyßl entfesten, die Russen aus Galizien vertrieben, den Durchbruch von Gorlice durchführten und zuletzt in Italien eindringen? —

Es ist klar, daß unter solchen Verhältnissen gewiß politische Kreise Deutschlands dem österreichischen Bundesgenossen gegenüber eine mindestens sehr vorsichtige und wenig enthusiastische Stellung einnehmen. So bereitet der Historiker Brandenburg in seiner Schrift über Deutschlands Kriegsziele bereits darauf vor, daß das deutsch-österreichische Bündnis durchaus nicht als dauernd zu behaupten sei und er begründet seine Auffassung auf der Tatsache der zahlreichen widersprechenden wirtschaftlichen und politischen Interessen zwischen den beiden Ländern. Noch deutlicher aber wurden in diesen Tagen die all-deutschen Blätter.

In die Wirrnisse der österreich-ungarischen Zustände platzten nun neuerdings Ereignisse, die an Bedeutung alle bisherigen Konflikte weit übertreffen, und deren Umfang durch die Tatsache grell beleuchtet wird, daß sie trotz schärfster Zensur ausführlich genug in die reichs-deutsche Presse gelangt sind. Um ein einigermaßen zuverlässiges Bild von den Vorgängen zu ermöglichen, diene folgendes:

Seit einigen Tagen berichtet die Presse über Ausstands-bewegungen der Arbeiter, namentlich in Wien und Nieder-Oesterreich. Sie sollen in der Kürzung der Mehlrationen ihre unmittelbare Ursache haben. Verkehrs-

Schwierigkeiten aller Art, ein völliges Versagen Ungarns in der Getreidelieferung, ein starker Ausfall der Getreideversorgung aus Rumänien sollen diese Schwierigkeiten herbeigeführt haben. Dabei wird zuverlässig angegeben, daß sowohl Ungarn große Getreidemengen eingelagert hat als auch daß die tschechischen Agrarier sich weigern, ihre bedeutenden Getreidemengen abzugeben. — Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses verhandelt eifrig über Maßnahmen, wie die Schwierigkeiten zu beheben seien. Die Bewegung ist spontan zum Ausbruch gekommen, durch die Schwierigkeiten der Ernährung ausgelöst. Die Leitung der österreichischen Sozialdemokratie spielt in dieser Bewegung die Rolle, die den Sozialpatrioten hier und überall zukommt. Sie versichert offiziell an dem Ausbruch der Bewegung völlig unschuldig zu sein, was auch sicher den Tatsachen entspricht und sie tut alles, um die Bewegung zu unterdrücken. Das sind die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn in den kürzesten Zügen dargestellt.

## Gegenfäße.

Von St. Woreg.

1.

Die deutschen Sozialpatrioten sind durchaus nicht immer Anhänger des „Friedens ohne Annexionen“ gewesen. In der Kundgebung ihres „Partei-Ausschusses“ traten sie sogar offen für Annexionen ein. Es war die Zeit, in der noch alle Blütenräume der Alldeutschen eine ertragreiche Reife versprochen. Die Richtung Lensch, Cunow u. Co. schien die Oberhand im Zirkus Scheidemann gewonnen zu haben. Als dann aber die Politik des Herrn Bethmann-Hollweg auf eine gemäßigtere Linie einschwenkte, da lenkten auch die deutschen Sozialpatrioten ein und warfen das Banner des „Friedens ohne Annexionen“ auf. Sie hatten gute Verbindungen mit der Regierung Bethmann-Hollweg, und darum wußten sie, was dieser Regierung not tat. Sie wurden umso dreister, als es Herrn Bethmann gelungen war, seinen Hauptwiderjacher in der Regierung, den Staatssekretär v. Tirpitz, den jetzigen Häuptling der Vaterlandspartei, aus dem Sattel zu heben.

Es war des fünften Kanzlers letzter Sieg. Er kostete ihm selbst die Stellung. Und das die Bestätigung der immer wieder durch tausend Belege erhärteten Tatsache, daß mit der Person des Herrn v. Tirpitz die Politik des Herrn v. Tirpitz nicht gestürzt war und auch nicht gestürzt werden konnte. Wie denn? Hat Herr v. Tirpitz nicht das Flottenprogramm durchgeführt. War es nicht der Reichstag des Herrn Bethmann-Hollweg, der die letzte Heeresvorlage bewilligte. Ist nicht Herr v. Bethmann-Hollweg der Gegner des Herrn Lichnowsky gewesen, dessen anglophile Politik er immer wieder zu durchkreuzen verstand?

Nichts natürlicher, als daß diese Politik durch den Krieg weitergeführt werde. Es ist der deutschen Regierung auch vor Kriegsbeginn nicht verborgen geblieben, welche Rolle England in diesem Kriege spielen werde, und die englisch-deutschen Kämpfe bei Mauberge und St. Quentin gleich in den ersten Kriegswochen, enthüllte der Welt das tiefste Wesen des gewaltigen Ringens. Auch dieser Krieg setzte die Politik fort, und man

braucht nur die ersten öffentlichen Kundgebungen über die deutschen Kriegsziele zu verfolgen, um den Sinn des Krieges handgreiflich vor Augen zu haben. Es hat in jenen Tagen kein bürgerliches Blatt Veranlassung gesehen, dieser Politik eine Verständigungspolitik entgegenzustellen. Die Erfolge der deutschen Waffen sprachen zu deutlich und verließen zu viel, und hätte die „Frankfurter Zeitung“ damals geschwiegen, was sie heute schreibt, so hätte sie das allseitige Geschrei über sich ergehen lassen müssen.

Heute nämlich schreibt sie: „Es liegt für den Sehenden auf der Hand, daß ein Frieden, dessen Bedingungen nach den Wünschen der deutschen Eroberungspolitik diktiert wird, unsere Feinde nur schließen werden, wenn sie vollständig niedergebungen sind. Kann man nach zweiundvierzig Kriegsmonaten einen solchen Frieden auch nur für möglich halten?“ Vor weniger als dreißig Kriegsmonaten aber hielt man einen solchen Frieden nicht nur für möglich, sondern für selbstverständlich. Es gab im deutschen Bürgertum, wozu füglich auch die Sozialpatrioten zu rechnen sind, in der Tat nur noch Deutsche.

Heute nun stehen sich im deutschen Bürgertum zwei Richtungen gegenüber. Sie scharen sich um die Parolen: Nie Annexionen! Nie Verständigung! Aber das sind nur Verschleierungen. Die Ziele sind die gleichen. Beide sind Imperialisten; nur suchen sie ihr Ziel, die Stärkung der deutschen Weltstellung, in verschiedener Weise zu erreichen. Die einen, indem sie die militärischen Erfolge in Ost und West rücksichtslos auszunutzen streben, die andern, indem sie den deutschen Einfluß in diesen Gebieten unter dem Schein des Verzichts auf Annexionen, auf dem Wege der „friedlichen Durchdringung“ und „wirtschaftlichen Angliederung“ zu sichern suchen. Es liegt auf der Hand, daß hier im Wesen der Sache nicht der geringste Unterschied vorliegt. Worin besteht denn also der Gegensatz?

Sehen wir uns zunächst die feindlichen Lager an. Wir wiesen bereits nach, daß sich die „Verständigungspolitik“ erst im Laufe der Zeit von den „Gewaltpolitikern“ abgezweigt haben. Die „Gewaltpolitiker“ aber, das sind die Großagrarien und die Großindustriellen, mit einem Worte: die Großbesitzer an Produktionsmitteln. Ihre Interessen sind es, die in allen Ländern durch den Krieg mächtig gefördert werden. Und nicht allein das. Ihr Interesse gebietet ihnen auch die möglichste Ausdehnung des deutschen Territoriums, besonders auf diejenigen Gebiete der Entente, die ihnen vor dem Kriege als gefährliche Konkurrenten auf dem Weltmarkte entgegengetreten sind. Das sind im Westen die großen belgischen Industriebezirke, die Kohlen- und Eisengebiete von Longwy und Briey. Sie wissen, daß über Dreiviertel aller Erzförderung Frankreichs aus diesem Becken gewonnen wird, und darum, gerade darum, fordern sie seine Annexion, die eine glatte Vernichtung der französischen Industrie bedeuten würde. Und wie zetern sie darüber, daß die Entente die Vernichtung der deutschen Industrie erstrebe. Und im Osten liegen die großen polnischen Industriegebiete um Warschau und Lodz, das Dombrowaer Kohlenbecken. Auch auf sie richtet sich ihre unerfättliche Begierde.

Das Lager der „Verständigungspolitik“ dagegen besteht aus allen denen, die an der schleunigen Been-

digung des Krieges interessiert sind. Sie hatten keinen Grund, die Friedenspalme zu schwingen, solange noch Aussicht war, daß der Krieg in kurzem, scharfen Waffengänge beendet werden könne. Jetzt aber, da sie eingesehen haben, daß der Krieg auf den Schlachtfeldern nicht mehr durch einen zerschmetternden Sieg zu gewinnen ist; jetzt, da jeder Tag ihre materielle Lage drückender gestaltet, sehnen gerade sie sich am stärksten nach dem Frieden. Denn wer sind die „Verständigungspolitik“? Ihnen voran marschieren die Vertreter des Finanzkapitals, und das ist kein Zufall, daß gerade die „Frankfurter Zeitung“ den Kampf um den „Verständigungsfrieden“ am eifrigsten führt, daß gerade sie den Haß der alldeutschen Blätter auf sich gezogen hat. Warum aber sehnt sich das Finanzkapital so sehr nach dem Frieden? Es fürchtet um die in Unternehmungen, Gebäuden usw. investierten Gelder. Es weiß, daß das deutsche Kapital nicht nur in der Türkei, dieser durch mehrere Kriege erschöpften Türkei arbeiten kann, daß vielmehr die Ueberseebeziehungen wieder hergestellt werden müssen, die durch die alldeutsche Politik in ihrem Lebensübertroffen getroffen werden.

Und zu diesem Finanzkapital gesellt sich das Handelskapital der Seestädte, das Kapital der leichten und Fertigungsindustrie, das in der ewigen Verlängerung des Krieges und vor allem in der wirtschaftlichen Isolierung Deutschlands seine Lebensinteressen bedroht sieht. Und das Heer des Mittelstandes gesellt sich hinzu, daß niemals, in keiner historischen Situation zum Aushalten bis zum Ende fähig sein wird, das mittlere und kleine Beamtentum und, damit auch dieses Lager seine komischen Figuren habe, die Sozialpatrioten, alle die ehemaligen kleinen Schankwirte und Wickelmacher, die durch Zufall und demagogische Kniffe auf Pöbsten gelangt sind, auf denen man seinen Krug Bier und seine Brasil mit einiger Sorglosigkeit genießen kann — solange die Kassen der Organisationen gefüllt sind. Wehe aber, wenn der Boden sichtbar wird! Und heute ist's noch schlimmer. So sind die wilden Kriegslöwen von gestern zu zahmen Friedens-tauben von heute geworden.

Und gestern wie heute ist es dasselbe Motto: die Angst um die Krippe. Und ganz im Hintergrunde wimmelt das undefinierbare Geschlecht der Unabhängigen herum, die geborene Kampfslosigkeit, das historisch gewordene Molluskentum. Das sind die Scharen der „Verständigungspolitik“. Wir werden weiter sehen, welcher Art die Gegenfäße zwischen beiden Lagern sind und welches ihre historische Bedeutung ist. Und wir werden zuletzt sehen, wie das Proletariat zu ihnen steht.

(Fortsetzung folgt.)

## Klarheit und Konsequenz.

Das Geschäft von Gotha, daß auf dem Wege der Verschmelzung eine Interessengemeinschaft zwischen dem früheren Zentrum der „Sozialdemokratie“ und der Gruppe „Internationale“ blendend hell offenbarte, wurde durch eine Grotteske von überwältigender Komik gekrönt. In genau derselben Stunde, als die Gruppe „Internationale“ unter das Dach der Unabhängigen kroch, knallte

der „Spartacus“ den Zentrümlern die Peitsche des Hohnes und Spottes um die Ohren. Es blieb auch nicht ein gutes Haar an den Kautsky, Ledebour und Haase. Wir haben stets den Eindruck gehabt, daß der „Spartacus“ seine Kritik mit mehr Elan als mit Gründlichkeit führte. Aber auch dieser Elan war gut und nützlich und nötig. Er war es umso mehr, als der „Kampf“, der mittlerweile zum Zentralorgan der Gruppe „Internationale“ avanciert war, die Kritik an den Unabhängigen ganz einstellte.

So oft nun eine Nummer des „Spartacus“ erscheint, schwingt sie wieder die Geißel des Hohnes und Spottes über die wirren Köpfe der Unabhängigen, sondern auch, was noch weit wichtiger ist, über ihr absolutes Versagen im politischen Wollen und Handeln. Der „Spartacus“ ergänzt so trefflich den Standpunkt, den die „Arbeiterpolitik“ vom ersten Tage ihres Daseins an in anderer Form und unter anderen Bedingungen den Unabhängigen gegenüber eingenommen hat. Man nehme irgend eine Nummer des „Spartacus“ her. In Nummer 7 vom November 1917 ist z. B. folgendes über die Haasemänner zu lesen:

Die Opposition der Haase-Kautsky mußte sich natürlich auch an dem Stockholmer Rummel beteiligen, mußte neben den Scheidemannleuten „Denkschriften“ abfassen, mit dem holländisch-skandinavischen Komitee die Wichtigkeit treiben, die Komödie der „diplomatischen Friedenskonferenz“ im kleinen mitspielen, und so an ihrem Teil den Regierungssozialismus nach Kräften unterstützen. Wie durften auch diese „praktischen Politiker“ eine Gelegenheit verpassen, „für den Frieden“ zu wirken, wie sollten sie nicht bei jedem windigsten Schein eines „positiven Erfolges“ die grundsätzlichen Interessen einer klaren Scheidung und Entscheidung opfern! Nun, das elende Fiasko des Stockholmer Rummels klafft denn auch die Haase-Leute noch wuchtiger auf die Backen, als die Scheidemannler sich im Lärm der Stockholmer Sache beträchtlich herausputzen und „rehabilitieren“ konnten. Die praktische Allweltspolitik des „oppositionellen“ Opportunismus aber, die jederzeit und mit jedermann bereit ist, ein Geschäft zu machen, die von überall her: von Stockholm, von Washington, von Rom ein „bißchen“ Heil erwartet und wie der arme Trödeljude in den Ostmarken mit dem Sack auf dem Rücken an allen Türen mit der Frage klopft: „Nischt zu handeln?“ — diese Allweltspolitik hat sich wieder einmal als eine hohle Nuß erwiesen.

Wochten sich sämtliche Regierungssozialisten der Welt zusammensetzen, sie hätten nicht eine Macht zum Ausdruck gebracht, die den Imperialismus erdroffeln würde, sondern nur ihre eigene Ohnmacht als einer vom Imperialismus erdroffelten Gesellschaft. Und wer sich mit ihnen zusammensetzt, um „Friedenspolitik“ zu machen, prostituiert sich und die Idee des Sozialismus ganz umsonst. Sein einziger praktischer Gewinn ist, daß er jetzt an der lächerlichen Blamage der wegen Paßschwierigkeiten abgesagten Weltwende reichlich teilnehmen darf.

Noch eine Probe:

„Jetzt jubelt der Rechtsanwalt Heine im „Berliner Tageblatt“, daß die deutsche Antwort auf die Papstnote mit dem Gedanken der Völkeralianz „wirklich ernst“

machte, und erklärt, Rüstungseinschränkungen, obligatorische Schiedsgerichte, Weltgarantie des Friedens, Machtmittel gegen Friedensbrecher seien die vier Eckpfeiler, auf denen das Gebäude der Zukunft errichtet werden müsse. Und auch der Führer der tschechischen Sozialisten, Nemeč, sprach im Wiener Reichsrat dem Papst seinen tiefgefühlten Dank für seine Friedensnote aus. Nicht minder aber stehen in Reih und Glied die Sumpf-Leute um Haase-Ledebour-Kautsky, die ja in ihrer Reichstagsresolution vom 19. Juli, auf die sie so stolz sind, wieder mit Nachdruck die Abrüstung und Schiedsgerichte als Garantien eines dauernden Friedens empfahlen und die in ihrem „Berliner Mitteilungsblatt“ die „Hilfsaktion“ des Papstes begrüßen als einen Weg, um aus dem Kriegschaos heraus zu dem nächsten Ziel: eines baldigen Friedens zu gelangen und als einen Vorstoß, der den künftigen Siegen des Sozialismus in erfreulichster Weise vorarbeite. Selbsterständlich fehlt in der Phalanx auch nicht der internationale sozialistische Sumpf, vertreten im holländisch-skandinavischen Komitee und allem, was drum und dran hängt.“

Und noch eine letzte erfrischende Probe: In der Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie wird behauptet, die vom Ebert-Vorstand angegebene Mitgliederzahl seiner Partei — 240000 — sei irreführend. In Wirklichkeit seien dem Regierungssozialismus wohl nicht mehr als 170000 treu geblieben. Demgegenüber stehen offiziell 120000 Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie, die aber rasch im Zunehmen begriffen sind, sodaß sich die beiden Organisationen an Stärke zurzeit mindestens die Wage halten.

Diese Berechnungen werden schon sicher stimmen, aber... „wenn ich bloß etwas davon hätte“... Unbelehrt durch alle Schrecken der Erfahrung, treiben die Sumpfleute genau denselben Kultus „mit der Dransaktion“, mit den „Instanzen“, mit dem ganzen äußeren Apparat, wie es weiland die offizielle deutsche Sozialdemokratie trieb. Sie gebrauchen auch ihre Instanzen richtig dazu, um — ganz nach dem Scheidemann-Muster — die Opposition im Innern zu erdrosseln: siehe die Wirtenschaft der Ditzmann u. Co. in Frankfurt a. M., die über die Richtung „Internationale“ auf eigene Faust einen kleinen Belagerungszustand verhängten und von ihren Berliner Zentralinstanzen darin gedeckt werden. Sie veranstalten auch schon nach alten bewährten Mustern den Hokuspokus der „roten Wochen“ und erschaffen wie der liebe Herrgott in 7 Tagen Tausende fix und fertiger „Sozialdemokraten“. „Wie sie sich räusperte und wie sie spuckte, das haben sie der alten Partei richtig abgeguckt und wissen heute nichts Besseres, als es getreulich nachzumachen.“ Und das Verhalten der Unabhängigen in der vom verstorbenen Kanzler Michaelis entsefelten Affäre charakterisiert der „Spartacus“ folgendermaßen:

„Einer nach dem andern stürzten sie auf die Tribüne und beschworen feierlich, daß sie von keinen revolutionären Plänen etwas wüßten, geschweige solche unterstützen, im Gegenteil dringend warnten. Sie beteuerten, daß sie nur legale Publikationen verbreiteten und protestierten mit schäumender Entrüstung dagegen, daß man sie außerhalb des Rechts zu stellen beabsichtige und daß der Reichskanzler den Trennungstrich ziehen wolle. Jetzt wissen wir, wer Sie sind! riefen sie dem Michaelis zu.“

Spiegelberg, ich kenne dir! Ha, Nachloser, du bist entlarvt! Mit einem Wort, statt eine glänzende, von der Regierung gebotene Gelegenheit zu ergreifen, haben sich die Haase-Dittmann hinter ihre lilienweiße Unschuld verschanzt und sich die schirmende Hilfe eines Naumann, eines Trimborn und eines Ebert verdient.

Ganz nach Tradition! So wie es Babels Taktik war, stets entrüstet auf die „Loyalität“ zu sprechen und auf allen internationalen Kongressen vor dem Staatsanwalt zu warnen, genau so machen es heute die Haase und Dittmann.

Nur mit einem kleinen Unterschied: Babel hielt an der Loyalität fest, als es immerhin noch eine Loyalität gab, im Frieden, sozusagen in normalen Zeiten. Die Haase und Dittmann aber klammern sich an die Legalität — unter dem Belagerungszustand, mitten im Weltkrieg. Sie haben eben nicht bemerkt, daß die Zeit, die sie pietätvoll fortsetzen wollen... das Zeitliche gesegnet hat.

Fürwahr — diesen Leuten ist es schwer zu helfen! Genug des grausamen Spiels! Die „Arbeiterpolitik“ hat in zahlreichen Artikeln den Nachweis geführt, warum die Unabhängigen so handeln müssen und warum sie nicht anders handeln können. Sie hat daher von Anfang an von den Unabhängigen nichts anderes erwartet und so die Arbeiterschaft vor falschen Hoffnungen bewahrt. Umso erfreulicher ist es, wenn sich innerhalb der Gruppe „Internationale“ die Klarheit durchringt, daß an den Unabhängigen Hopfen und Malz verloren ist. Die Auffassung des „Spartacus“ deckt sich restlos mit dem dialektischen Marxismus, der das theoretische Rückgrat der „Arbeiterpolitik“ bildet, und sie sticht vorteilhaft von dem „orthodoxen“ Marxismus ab, der im „Kampf“, da er zum Zentralorgan gemacht worden war, propagiert wurde. Es ist eben die Einsicht nötig, daß die Zeiten von ehemals das Zeitliche gesegnet, oder, wie die „Arbeiterpolitik“ nach dem Ausbruch der russischen Revolution und der Spaltung der Sozialdemokratie schrieb: daß eine völlig neue Situation entstanden ist. Wir können nach dieser Klärung der Anschauungen innerhalb der Gruppe „Internationale“ nichts anderes erwarten, als ihre organisatorische Trennung von den Unabhängigen.

Wir sind hocherfreut über diese von der Haltung des ehemaligen „Kampf“ grundsätzlich abweichenden Bewertung der Stockholmer Konferenz; wir sind hocherfreut über diese total richtige Einschätzung der Politik der Unabhängigen. Aber wir erwarten umso mehr die praktischen Konsequenzen der vollendeten Klärung. Eine erste Gelegenheit bildet der selbständige Wahlkampf in Nieder-Barnim. Man beschreite endlich den Weg einen selbständigen Politik und gehe kühn an die selbständige Organisierung der Linksrabikalen. Es soll an unserer tatkräftigen Mitwirkung zu diesem Werke nicht fehlen.

### Wilson's Bedingungen.

Herr Woodrow Wilson, der biedere ethische Geschäftsführer des amerikanischen Imperialismus, hat in einer großen Rede die Friedensbedingungen der Entente nicht bloß allgemein formuliert — das war schon öfters geschehen — sondern in Einzelheiten aufgezählt. Und die

Entente-Pressen fügt hinzu: wir haben unsere Kriegsziele offen vor aller Welt, ohne Hintergedanken ausgesprochen, mögen nun die Zentralmächte mit derselben Offenheit, ohne Hintergedanken ihre Ziele bloßlegen: denn wenn sie das nun nicht tun, zeugt das von tückischer Eroberungslust. Daß die deutsche Presse einstimmig die Wilson'schen Bedingungen ablehnt — höchstens finden sie Anzeichen einer wachsenden Friedensstimmung darin — ist selbstverständlich.

Dagegen findet die „Leipziger Volkszeitung“ die Wilson'schen Friedensbedingungen gar nicht so unannehmbar. Wer aber deshalb zu der Auffassung kommen könnte, das Wilson'sche Programm sei ein demokratisches Friedensprogramm, und die bürgerlichen Klassen Deutschlands wollen nur deshalb dieses Programm nicht annehmen, weil sie antidemokratische Kriegseroberungen wollen, würde sich täuschen. Es ist gewiß vorzüglich, wenn ein Blatt und eine Partei den heimischen Imperialismus schärfer bekämpft, aber dieser Kampf kann doch nicht dadurch gut geführt werden, daß man den gegnerischen Imperialismus als harmlose Demokratie hinstellt. Eine solche Opposition beruht nicht auf klarer Einsicht, und weil sie nur instinktiv empfindet das Bekämpfung nötig ist, ohne klar zu wissen, weshalb und wie tief-feindlich der Feind ist, muß die Bekämpfung in der Form sehr rabiat sein, ohne im Wesen gründlich und erfolgreich zu sein.

In dieser Stelle ist schon oft dargelegt worden, daß der Weltkrieg ein Ringen ist zwischen dem aufstrebenden deutschen Reich und dem alten weltbeherrschenden englischen Imperialismus. Beide haben eine Reihe von verbündeten Staaten um sich geschart. Nur mit Amerika liegt der Fall anders; nachdem die ersten Kriegsjahre England finanziell geschwächt und Amerika enorm bereichert hatten, tritt Amerika als gleichwertiger Bundesgenosse an Englands Seite. Die Gründe weshalb Amerika in den Krieg eintrat, sind in diesem Blatte früher schon beleuchtet worden. Amerika sieht noch einen anderen Weltkrieg entgegen, wenn das militärisch mächtige — durch einen Militäradel regierte — Japan ihm die kommerzielle, industrielle und finanzielle Herrschaft in China streitig machen will. Dafür will es sich jetzt vorbereiten durch Rüstungen, durch Wehrpflicht, durch eine Koalition mit England und nebenbei durch Niederrückung derjenigen europäischen Militärmächte, die dann — neben einem imperialistischen Rußland — der natürliche Bundesgenosse Japans sein würde. Wird diese Macht Zentraleuropas jetzt niedergeworfen, dann erscheint es möglich, daß Japan, ohne es auf den Krieg ankommen zu lassen, den Ansprüchen Amerikas nachgeben muß. So tritt der anglo-amerikanische Imperialismus als eine riesige Macht auf, deren alleiniger Weltherrschaft nur die Macht des deutschen Reiches im Wege steht.

Das Programm Wilsons ist das Programm des siegreichen anglo-amerikanischen Imperialismus. In einem bürgerlichen Blatte des neutralen Auslandes wurde die Bemerkung gemacht, diese Absichten der Entente seien ebenso belanglos, als wenn ein armer Schlucker ausführlich darlegt, was er mit einem Millionenkapital machen wird, das er gar nicht hat. Denn dieses Programm sei nur durchzuführen, wenn Deutschland militärisch völlig niedergeworfen werde, aber danach sieht es wenig aus.

Von Interesse wäre nur, was jener Schlucker mit den hundert Mark machen wird, die er wirklich besitzt; von Interesse wäre nur, welche Friedensvorschläge Wilson einem unbefiegten Deutschland zu machen hätte, denn nur dabei handele es sich um Realitäten statt Phantasterei. Aber darüber schweigt Wilson.

In der Tat ist das Friedensprogramm Wilsons nur eine Kriegskungebung, eine Anzeige, daß die Amerikaner zum Kampf bis aufs Messer gegen Deutschland entschlossen sind. Lassen wir zuerst die rein theoretischen Paragraphen zu Anfang beiseite, so lesen wir: Die Zentralmächte sollen die eroberten Teile Rußlands, Belgiens, Frankreichs, Rumäniens, Serbiens und Montenegro räumen und die Schäden ersetzen. Aber nicht umgekehrt sollen die Engländer die eroberten Teile der Türkei und die Kolonien zurückgeben. Die Zentralmächte sollen überdies Teile ihres Reichs aufgeben, die fremder Nationalität sind und daher als gewaltjam annektiert gelten können: so Elsaß-Lothringen an Frankreich, Danzig an Polen, Triest an Italien. Die vielen Nationen Oesterreichs sollen gleichfalls, dem Selbstbestimmungsrecht zufolge, sich vom Ganzen losstrennen. Wo es also darauf ankommt, die Zentralmächte zu schwächen, wird das Nationalitätenprinzip angerufen, aber es wird nicht angewandt auf Malta, Indien, Aegypten, Irland.

Es liegt uns fern, uns über eine solche Heuchelei zu entrüsten, denn in solcher Perspektive erscheint die Welt immer vom imperialistischen Standpunkt aus. Es fällt uns ebenfowenig ein die bedingte Richtigkeit zu verkennen, die der Form nach in diesem Standpunkte liegt — und den Schein eines demoralistischen Friedensprogramms weckt. Wilsons Programm bedeutet die Vernichtung Deutschlands durch militärische Niederwerfung der Zentralen und Zerstückelung Oesterreichs und der Türkei in eine Anzahl Kleinstaaten — und die unbestrittene Weltherrschaft des englisch-amerikanischen Imperialismus. Deshalb kann es — weil diese Weltherrschaft dann unbestritten ist — allgemeine Entwaffnung (bis auf Polizeitruppen) und schiedsgerichtliche Schlichtung der Streitigkeiten und viele andere schöne demokratische Sachen enthalten — die Deutschland wohl ebenso schön zu genehmigen bereit wäre, wenn es einmal alle Konkurrenz in der Weltherrschaft beseitigt hätte.

Es ist deshalb selbstverständlich, daß die deutsche Bourgeoisie an diesem Programm achselzuckend vorbeigeht, weil sie darin nur die Kriegstrompete hört, genau so selbstverständlich, als daß ein Raubtier keinen Kohl frißt. Aber es würde von geistiger Armut unsererseits zeugen, wenn wir deshalb das Wilson'sche Programm als annehmbare Friedenslösung hinstellenwürden, bloß um Opposition gegen unsere Herrscher zu führen. Es ist eine völlig verkehrte Taktik, wenn man als Gegenfuß zu der Bourgeoisie, auf die Eroberungsplan der Entente hinweist, die Friedensbestrebungen in jenen Ländern über das richtige Maß zu loben oder hervorzuheben, als ob sie jene Kriegsparteien fast in Schach hatten.

Wenn z. B. die „Leipziger Volkszeitung“ die Friedensliebe der englischen Arbeiter hervorhebt, gegen die sich die Regierung des Lloyd George zu halten weiß, so mag es als Aufmunterung der deutschen Arbeiter verständlich sein, aber es entspricht nicht dem objektiven Tatbestand. Mag Henderson sich gebärden als

müsse die imperialistische Regierung seinen demokratischen Forderungen bald nachgeben, in Wirklichkeit ist er und seine organisierte Gefolgschaft die geleithammelte Herde des Imperialismus. Die in England den Krieg bis aufs Messer bekämpften, die revolutionären Gruppen, sie stehen im Gefängnis dahin, oder bilden eine tapfere, aber noch viel zu schwache Minorität, die mit den schlimmsten Mißhandlungen verfolgt wird; und ähnlich steht es in Amerika und Frankreich. Sie verstehen und hassen den ausländischen Imperialismus genau so wie den eigenen. Die Leipzigerin spricht nicht von diesen Kämpfern, sie redet über die angebliche Bedeutsamkeit der organisierten Arbeiter, die sich willig dem Imperialismus unterordnen — diese bilden ja denselben Stoff und spielen dieselbe Rolle wie die Unabhängigen hier.

Die Opposition solcher Leute — hier wie dort — ist eine lärmende Wortopposition, die, um den eigenen Imperialismus (den sie für böswillige Politik einiger Gewaltmenschen halten) zu bekämpfen, den fremden Imperialismus als weniger harmlos darzustellen suchen. Aber wir hassen den fremden Imperialismus nicht weniger als den heimischen, weil wir seinen gemeinsamen Charakter gründlich erkennen; und wir können ruhig die Aufrufe des fremden Imperialismus in ihrer ganzen Heuchelei entlarven, weil wir zugleich den Kampf gegen den eigenen Imperialismus so gründlich, so scharf, so tief einschneidend führen, mit so opfervollen Taten, daß dadurch erst die Arbeiter zum richtigen Verständnis gebracht werden.

Wenn wir in solcher Weise an der Halbheit der „Unabhängigen“ Wortopposition Kritik üben und den imperialistischen Charakter der Wilsonschen Forderungen hervorheben, bedeutet das selbstverständlich nicht, daß die Staatsgrenzen uns heilig sind, auch gegen das Selbstbestimmungsrecht. Es ist klar, daß wenn hier dieselben Prinzipien und dieselbe Klasse zur Herrschaft kommt als jetzt in Rußland, genau so verfahren wird mit Bezug auf andere nationale Völker: wer sich autonom machen will oder sich einem anderen Staatswesen anschließen will, wird daran mit Gewalt nicht behindert werden. Aber darauf kommt es jetzt nicht an, jetzt handelt es sich nicht um die Anschauungen über künftige Staatsorganisation, sondern über den heutigen Klassenkampf.

### Aus unserm politischen Tagebuch.

27. Januar.

Herr Bernhard Dernburg, der ehemalige Staatssekretär hielt in Frankfurt am Main eine Versammlung ab, in der er von der Vaterlandspartei sagte, ihre Führer seien reaktionäre Gewaltpolitiker und die ganze Partei sei eine gewaltige Maschine des Kampfes gegen jeden inneren Fortschritt. Ob Herr Dernburg sich in dem Augenblick, als er diese Worte von sich gab, wohl darüber klar war, welche realen Machtfaktoren die Vaterlandspartei in Deutschland darstellt.

28. Januar.

Es geht augenblicklich ein wenig nach den Wünschen des Freisinn in Deutschland. Schon sitzt er auf dem hohen Ross: „Diese Regierung und Politik (Hertling-Payer-Kühlmann) ist auf die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes abgestellt. Dabei bleiben wir bestehen. Daran darf und kann nichts geändert werden.“ Das klingt im Munde der Freisinnsmänner heftig und beinahe kühn. Wir werden uns der Worte bei passender Gelegenheit erinnern. Warten wir's in Geduld ab.

29. Januar.

In Brest-Litowsk treten, wie selbst aus den amtlichen W. T. B.-Berichten ersichtlich, zwischen den beiden verhandelnden Parteien allerhand Gegensätze zutage. Herrn Dr. Kühlmann blieb es vorbehalten, den „grundlegenden Unterschied“ der Auffassungen zu entdecken. Hört ihn: „Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen, daß wir ohne Druck und gewaltsames Eingreifen in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher näher nicht bezeichneten Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden lassen.“

### Par.

Von Ada Negri.

Ich sah im Traum, gleich stolzen Adlerflügeln,  
So riesig und so schön,  
Bei heller Sonne glühenden Strahlen blitzen  
Wohl tausend Banner wehn.

Nie lächelte den Feldern und den Lüften  
Ein licht'res Morgenrot;  
Im Rausch der Stunde waren Meer und Himmel  
Von Flammenglut umloht.

Aus Wald und Fluren stieg empor ein Beben  
Von keimend neuer Kraft,  
Ein starker Windhauch, wie der Traum der Seele,  
Der Zweigen Flügel schafft.

Ich sah empor die Strahlenbanner steigen,  
Siegestrophäen gleich,  
Und die Geschichte eines Volkes zu zeugen,  
Schien jede ruhmestreich.

Durchbohrt von Kugeln waren sie zerrissen,  
Verstümmelt mancher Schaft,  
Als hätten tausend Dolche sie durchstochen  
Im Kampf voll Leidenschaft.

Und schwarze, rote Flecken, Rauch und Pulver  
Verhüll'n der Farben Glut;  
Das Pulver ist's der Flinten und Kartätschen,  
Der Helden junges Blut.

Bei vielen, die am östlich rosigen Himmel  
Gigantisch aufwärts wehn,  
Schallt bei erhabnem Flug zerrissener Ketten  
Entsetzliches Gedröhn.

Plötzlich (ein Traum) magnetisch angetrieben  
Von warmem Liebeshauch,  
Vergessend alle heldenhafte Kämpfe  
Und die Besiegten auch.

Umarmen sich und falten sich zusammen,  
Die Banner all' vereint;  
Von Hoffnung, Kraft, Erinnerung und Tränen,  
Ein Seelenband es scheint.

Hoch in den azurblauen Himmelsräumen,  
Wie Flammenglut empor,  
Weht nur noch eine einz'ge Drifflamme,  
Gleich einem Engelsflor.

Und zu ihr auf, von alten Trümmerhaufen,  
Von Eb'nen blutbetaut,  
Vom Schrecken der Jahrhunderte, die starben,  
Die Menschheit lächelnd schaut.

# Arbeiterpolitik

3. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.**

Nr. 7

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
Amunderstraße Nr. 23.

Bremen, den 16. Februar 1918

Einzelnummer 20 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,  
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

### Inhalt:

Die Haltung des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern in der französischen Revolution. Von Renate Brandt. (Fortf. folgt.)	Seite 41
Sie sind einander gleich. Von Kurt Classe	„ 42
Gegensätze. Von St. Worez. (Fortsetzung folgt.)	„ 44
Aus unserm politischen Tagebuch	„ 45
Feuilleton:	
Shakespeares Antonius und Kleopatra. Eine Alltags- tragödie. Von Renate Brandt	„ 46
Arbeitsgesetze in England im 14. Jahrhundert	„ 46

## Die Haltung des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern in der franz. Revolution.

Von Renate Brandt.

1.

Es ist oft gesagt worden, daß die französische Revolution von 1789 eine bürgerliche Revolution war, daß sie von der französischen Bourgeoisie durchgeführt wurde zum Zwecke der Niederringung der alten feudalistischen Gesellschaftsordnung und zur Herbeiführung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, die der Bourgeoisie die Möglichkeit geben sollten, alle ihre Kräfte frei zu entfalten und zu entwickeln. Ebenso oft aber hat man von den Kämpfen gehört und gelesen, die die französischen Arbeiter und Bauern während der Revolution geführt haben, also von Kämpfen eines außerhalb der bürgerlichen Klasse stehenden Teiles der Gesellschaft.

In welchem Verhältnis haben die Kämpfe der letzteren zu denen des Bürgertums gestanden, wie hat sich dieses den kämpfenden Arbeitern und Bauern, ihren Forderungen gegenüber verhalten? Und wie hat sich die Vertretung der Bourgeoisie diesen Kämpfen und den in ihnen aufgestellten Forderungen gegenüber benommen? Wir wollen diejenigen Vorgänge darstellen, die diese Fragen beantworten.

Wie jede revolutionäre Bewegung, so zwang auch die Revolution von 1789 die Vertreter der einzelnen sozialen Schichten schon binnen ganz kurzer Zeit ihr wahres Gesicht zu zeigen, ihr wahres Wesen erkennen zu lassen. Es sollten nach der Eröffnung der Reichsstände, die von der „revolutionären“ Bourgeoisie gefordert worden war, keine 2 Monate vergehen, und diese selbe Bourgeoisie wurde durch die Verhältnisse gezwungen, zum Schutz ihrer eigenen Interessen, das Klassenbewußtsein, das die Feindschaft gegen das Proletariat einbegeistert, in ihrem Handeln zu dem deutlichsten Ausdruck zu bringen. Am 5. Mai 1789 wurden die Reichsstände

eröffnet; der König gibt den in ihnen versammelten Vertretern auf das deutlichste ihre Pflichten, die ihre einzigen Rechte sind, zu erkennen: Bewilligung der Steuervorlagen, Bewilligung von Gesetzen zur Einschränkung der Pressefreiheit, Verbesserung der Gesetzgebung — zwecks größerer Sicherung der herrschenden Klassen, und schließlich entristete Zurückweisung jeder Neuerung.

Dieser Eröffnung der „Volksvertretung“ folgen die Diskussionen zwischen Adel und Geistlichkeit einerseits, dem dritten Stande andererseits, über die Frage, ob die Abstimmung nach Ständen oder nach Köpfen vorgenommen werden solle. Man kommt zu keiner Einigung und so trennt man sich. Nach ebenfalls abgesondert vorgenommener Wahlprüfung konstituiert sich der dritte Stand als Nationalversammlung. Der Hof plant die Auflösung dieser Versammlung, die endgiltige Trennung der Stände. Der Ständesaal, in dem die Versammlung tagt, wird militärisch geschlossen. Die Abgeordneten trotz dem Befehl des Hofes. Sie begeben sich nach dem Ballhaus und schrien dort, nicht eher auseinanderzugehen, ehe sie dem Volk die ersehnte Verfassung gegeben haben.

Die Bourgeoisie hat den Kampf um die bürgerliche Freiheit begonnen. Am 23. Juni erscheint der König in der Versammlung im Ballhaus. Er droht mit ihrer Auflösung — er befiehlt den Abgeordneten auseinanderzugehen. Der König geht — der dritte Stand bleibt. Er hat seinen ersten Sieg errungen. Teile der Geistlichkeit schließen sich ihm an — es folgt der Adel. Kurz darauf ist die Beratung eine allgemeine. Die Reichsstände sind wesentliche Schatten. Der Hof aber plant weiter die gewalttätige Auflösung der Volksvertretung. Immer neue Truppen werden nach Versailles und Paris gezogen. Der Ständesaal wird militärisch bewacht. In Paris wächst die Erregung. Man hält dort die Entlassung Neckers am 11. Juli für den ersten Schritt des Hofes zur Ausführung seiner Pläne. In diesen Tagen beginnt sich aus den Kämpfen, die die Arbeiter von Paris selbst führen, der Gegensatz zu klären, der in Wahrheit zwischen ihnen und den „Vertretern“ in der Nationalversammlung, die gar nicht ihre Vertreter sind, zu klären. Die ersten revolutionären Handlungen legen den antirevolutionären Charakter der Bourgeois-Volksvertreter bloß. Am 12. Juli erfährt Paris von der Verbannung Neckers. Camille Desmoulins ruft zu den Waffen. Ein Demonstrationzug zu Ehren Neckers bewegt sich durch die Stadt. Dragoner greifen die Massen an. Zwei Menschen werden verwundet. Die Menge flieht — die Dragoner, ihr fürchterlicher Führer an ihrer Spitze — folgen ihr mit gezogenem